

Josephine Schulz LIVE/TELEFON TH
Zum EU-Gipfel
Interview mit Manfred Weber, CSU, EVP-Fraktionschef

"Informationen am Morgen", 25.3.2022, 7:15 Uhr

Josephine Schulz: Über die Fragen, die sich stellen für die EU, und die Entscheidungen dort kann ich jetzt sprechen mit Manfred Weber von der CSU. Er ist Chef der EVP-Fraktion im EU-Parlament. Schönen guten Morgen, Herr Weber.

Manfred Weber: Guten Morgen, Frau Schulz.

Schulz: Wir haben aus Brüssel immer wieder gehört, es sei ein großes Zeichen der Einigkeit, der Geschlossenheit des Westens. Was hat die Ukraine und die Menschen dort von einem solchen Zeichen der Geschlossenheit?

Weber: Zunächst, glaube ich, ist es für die Menschen in der Ukraine wichtig, dass sie wissen, sie sind unterstützt, sie fühlen sich unterstützt. Sie kämpfen für ihr Land, aber wir alle spüren, sie kämpfen auch für Freiheit und Demokratie. Die Ukraine ist fast das einzige Land der ehemaligen Sowjetunion, das mittlerweile demokratische Wechsel erlebt hat, wo die Menschen spüren, ich darf meinen Präsidenten selbst wählen, und das wollen sich die Menschen nicht mehr nehmen lassen. Deshalb kämpfen sie für unsere Werte und da spüren sie auch mit dem Gipfel von gestern die Vergewisserung, wir stehen an ihrer Seite. Das Sanktionspaket ist beispiellos und vor allem wichtig sind jetzt aktuell die Waffenlieferungen.

Schulz: Aber gerade der Präsident, den Sie ansprechen, der ukrainische Präsident Selenskyj, der bekommt ja eigentlich immer auf seine konkreten Forderungen nur Nein zu hören: Flugverbotszone nein, Lieferung von Kampfflugzeugen nein. Da wurde er doch gestern im Grunde wieder enttäuscht vom Westen.

Weber: Präsident Selenskyj fordert für sein Land, das im Krieg ist, wo Menschen sterben. Deswegen ist seine Forderung sehr nachhaltig, sehr einfordernd. Und er will natürlich weitergehen. Aber er sieht sicher auch, dass der Westen geschlossen ist und ihm auch beisteht.

Schulz: Aber inhaltlich sind sie falsch, seine Forderungen?

Weber: Nein. Bei der Beitrittsfrage beispielsweise – er war bei uns im Europäischen Parlament und hat die Frage gestellt, sind wir willkommen, dürfen auch wir Europäer werden. Ich, meine Fraktion und die überwältigende Mehrheit im Europäischen Parlament sagt ja, die Ukraine soll einen Beitrittsstatus bekommen. Da gehen wir weiter im Parlament als die Kollegen jetzt im Rat. Bei den Waffenlieferungen muss mehr passieren. Wenn ich mir anschau, dass ein Land wie Estland 220 Millionen Euro bereitstellt, Deutschland allerdings nur 35 Millionen bereitstellt, dann muss da mehr gemacht werden. Waffen, Waffen, Waffen – das muss man so ehrlich sagen – ist das, was die Ukraine jetzt braucht, um sich zu verteidigen, und da muss nachgesteuert werden. Auch bei der Energiefrage wollen wir weitergehen.

Schulz: Betrifft das auch die Art der Waffen? Selenskyj hat zum Beispiel ein Prozent der Panzer gefordert, 200 Panzer. Sollte man das machen? Das klingt ja erst mal nicht so viel, ein Prozent.

Weber: Die konkrete Lieferung ist eine schwierige Abwägung. Wir hatten das ja auch bei der MiG-Diskussion, bei den Flugzeugen, die angefordert wurden. Ab wann würde Putin, Russland Großwaffenlieferungen, über die wir dann reden, als Beitrag zum Krieg sehen oder nicht? Alles muss getan werden bis zu einer roten Linie und das heißt, dass die NATO nie Kriegspartei werden darf.

Schulz: Was ist diese rote Linie?

Weber: Diese Abwägung ist im Einzelfall nicht einfach. Ich bin der Meinung, alle Defensivwaffen sind richtig, alle Defensivwaffen sollen geliefert werden, und da ist noch viel Luft nach oben.

Schulz: Aber gibt es umgekehrt auch eine rote Linie, einen Punkt, ab dem auch die NATO in diesen Krieg aktiv eingreifen müsste, zum Beispiel Chemiewaffeneinsatz?

Weber: Ich glaube, es wäre falsch, jetzt darüber zu spekulieren, weil wir uns schon bewusst machen müssen, bewusst werden müssen, dass Putin zu vielem fähig ist, was wir bis vor wenigen Wochen für undenkbar gehalten haben. Wenn Sie heute im russischen Fernsehen sehen, dass dort auch offen diskutiert wird in Fernsehsendungen über einen möglichen Angriff auf Polen, dann ist das für uns total unreal, dass er wirklich so weit gehen könnte, die NATO zu attackieren. Aber es wird dort diskutiert und deshalb bin ich der Meinung, müssen wir bei der militärischen Frage extrem vorsichtig sein, die rote Linie halten, aber auf der anderen Seite bei den wirtschaftlichen Fragen – und dann sind wir bei der Energiefrage – einfach wirklich massiv vorgehen und „all in“ gehen.

Schulz: Darüber würde ich jetzt gerne mit Ihnen reden, über die Sanktionen. Sie haben schon gesagt, das ist ein ganz starkes Sanktionspaket, das die EU da geschnürt hat. Auf der anderen Seite: Der Krieg läuft noch. In Russland selbst kündigt sich jetzt auch kein Umsturz an. Wo sind die sichtbaren Folgen?

Weber: Wie Joe Biden sagte: Das Paket, was wir auf den Weg gebracht haben, wird nicht in wenigen Tagen Wirkung erzielen, wobei auch die schon wuchtig ist. Die Börse ist geschlossen, der Rubel ist im freien Fall, die Menschen spüren die Inflation in Russland. Auch das ist schon spürbar. Allerdings wirklich systemerschütternd wird es nur auf die mittel- und langfristige Perspektive sein, unsere wirtschaftlichen Maßnahmen, und die zentrale Frage ist die Energie. Ich freue mich, dass jetzt alle intensiv daran arbeiten, schnellstmöglich unabhängig zu werden, aber die Tatsache, dass wir 400 Millionen für Gas zahlen und 400 Millionen noch mal für Öl zahlen, jeden Tag als Europäische Union an Russland, an Putin, an Gazprom, das ist ein Stachel in unserem Fleisch. Das muss man klar sagen. Wir finanzieren das indirekt mit und deswegen bin ich der Meinung, dass wir jetzt bei Kohle und bei Öl einen sofortigen Ausstieg beschließen sollten. Bei Gas ist es zugegebenermaßen mit den Pipelines schwieriger, aber bei Öl und Kohle können wir substituieren auf kurze Frist. Deshalb müssen wir jetzt einen Stopp aussprechen.

Schulz: Aber beim Gas ist die deutsche Perspektive, weil gerade Deutschland ja so abhängig vom Gas ist. Da sagen Sie dann doch, da sind die Kosten für uns selbst zu hoch?

Weber: Bulgarien hat 100 Prozent Abhängigkeit von russischem Gas. Da gibt es gar keine anderen Leitungen nach Bulgarien. Es ist ein gesamteuropäisches Problem, vor dem wir stehen, und deshalb ist auch Solidarität notwendig in Europa, dass wir die Speicher, die wir haben, auch wirklich allen zur Verfügung stellen, was ja auch Teil der Diskussion ist. Klar ist, Gas ist schwieriger, aber bei Kohle und Öl können wir den Geldhahn zudrehen. Das sollten wir jetzt machen.

Schulz: Denken Sie manchmal, dieses Problem der Abhängigkeit würde sich nicht stellen, wenn auch die Union, auch Ihre Partei in Deutschland nicht 16 Jahre die Energiewende ein Stück weit verschleppt hätte?

Weber: Wir waren zu langsam, keine Frage. Alle Parteien, alle, die in Verantwortung sind. Die Zukunft, die da vor uns liegt, dass wir energieunabhängig sind, wird eine gute Zukunft sein. Nichts desto trotz muss man auch klar sagen, dass die jetzige Bundesregierung beispielsweise mit der Entscheidung, sieben Prozent der Stromerzeugung, die über Kernkraft derzeit erzeugt wird, Ende des Jahres vom Netz zu nehmen, ohne notwendige Problemlage dahinter - die Anlagen sind sicher, sie laufen derzeit, aber wenn sie nicht sicher wären, müsste man sie sofort abschalten. Sie laufen! Warum dann diese Anlagen vom Netz nehmen? Das bedeutet ganz konkret, dass wir dafür Kohlekraftwerke mehr befeuern müssen, Gaskraftwerke mehr befeuern müssen, um die Stromversorgung sicherzustellen. Insofern sollte man bei der jetzigen Regierung auch Ideologie beiseitelegen und alles tun, dass die Energieversorgung sichergestellt ist.

Schulz: Aber was heißt Ideologie? Dieser Vorschlag kommt ja von vielen, dass man die Atomkraftwerke länger am Netz lässt – Wenn wir auf die Ukraine schauen, da gibt es große Angst, wenn wir sehen, dass Atomkraftwerke brennen, dass Russen Atomkraftwerke einnehmen. Das ist doch eigentlich das beste Beispiel dafür, wie gefährlich diese Technologie ist, oder?

Weber: Ich sage Ihnen, wenn ich heute anschau, dass der März der trockenste Monat seit langen Jahrzehnten wieder war, dann ist die Klimaherausforderung mindestens genauso gefährlich für unsere nachkommende Generation wie die Atombedrohung, die wir haben, die theoretische Atombedrohung vor einem Angriff, den wir erleben, wo wir hoffentlich nicht in den Krieg hineingezogen werden. Wenn wir Risiken beurteilen, dann müssen wir auch die Kohlekraftwerke nehmen, und ich bleibe dabei: Wenn wir Kernkraft abschalten, müssen wir Kohle mehr befeuern, machen wir mehr Klimaschädigung. Diese Abwägung muss erlaubt sein. Im Moment steht die ganz banale Frage im Raum, haben wir genug Energie. Diese Frage steht im Raum und deshalb jetzt den Energieträger vom Netz nehmen, ist die falsche Entscheidung. Übrigens im Rest Europas, Sie wissen das, wird in Kernkraft investiert. Da gibt es auch andere Mehrheiten in Europa, die die Abwägung zwischen Kernkraft und der Frage Klimaschutz anders vornehmen, als wir Deutsche das vornehmen. Aus einem europaweiten Aspekt heraus sind alle Technologien, die wir haben, notwendig.

Schulz: Sie haben gesagt, aus Öl sollte man sofort raus. Bei Gas ist das schwieriger. Russland hat jetzt gesagt, man wird nur noch Rubel für Energielieferungen akzeptieren. Heißt das, die EU-Staaten, auch Deutschland, werden sich jetzt irgendwo Rubel besorgen, um damit die Gaslieferungen zu bezahlen und damit praktisch die eigenen Sanktionen umgehen?

Weber: Der Vorschlag von Wladimir Putin bedeutet, dass wir mit der Zentralbank Geschäfte machen müssen, dass wir Rubel dort kaufen, um unsere Rechnungen zu bezahlen. Das bedeutet, dass wir die Sanktionen, die wir der Zentralbank verhängt haben, selbst umgehen, und das kommt für mich nicht in Frage. Wir dürfen uns bei den Sanktionen nicht erpressen lassen und deswegen ist an dieser Stelle ein klares Nein gegenüber Russland notwendig.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.